

# **DIE LINKE.**

## **Stadtfraktion Wiesbaden**

Fraktionsinfo Nr. 4 / Frühjahr 23

[www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de](http://www.dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de)



**Bündnis gegen Armut in Wiesbaden gegründet**



**Milena Löbcke: Erste LINKE Dezernentin für Wiesbaden**



„Umweltfreundlich gedruckt auf 100%  
Recyclingpapier, mit Farben auf Basis  
nachwachsender Rohstoffe.“

# Inhalt

**S.3 Kampf gegen Armut in Wiesbaden  
gegründet**

**S.4 Bei den Schulen: Stadt und Land - Hand in  
Hand ???**

**S.6 Erste Erfolge in der Kooperation zur  
Mobilität**

**S.7 Interview mit dem Leiter der Teestube  
Wiesbaden: Matthias Röhrig**

**S.8 175 Jahre Märzrevolution in Nassau**

**S.10 Schluss mit Schwarzarbeit in Wiesbaden!**

**S.12 Milena Löbcke ist Wiesbadens erste  
LINKE Dezernentin!**

## Impressum

### Kontakt zur Fraktion

Geschäftsstelle DIE LINKE.  
Stadtfraktion Wiesbaden:  
Rathaus, Zimmer 304  
Schlossplatz 6  
65183 Wiesbaden  
Tel.: 0611 31-5426  
Fax: 0611 31-5917  
dielinke-stadtfraktion@wiesbaden.de

Web:  
dielinke-stadtfraktion-wiesbaden.de  
FB: dielinkestadtfraktionwiesbaden  
Instagram:  
linke\_stadtfraktion\_wiesbaden

### Wann sind wir erreichbar?

Montag bis Freitag: 10-13 Uhr  
In den Schulferien: 10-12 Uhr

Diese Zeitung ist kostenlos –  
wir freuen uns über Spenden:  
DIE LINKE.  
Stadtfraktion Wiesbaden  
DE92 4306 0967 1255 9442 01

### Gestaltung:

Ann-Christine Sparn-Wolf  
V.i.S.d.P.: Ingo von Seemen

### Abbildungen und Lizenzen:

Titelbild: AdobeStock\_423955521 &  
Milena Löbcke  
S.2: Ann Christine Sparn-Wolf  
S.3: AdobeStock\_423955521  
S.4&5: Ann Christine Sparn-Wolf  
S.6: Mechthilde Coigné  
S.7: Matthias Röhrig  
S.8&9: Hochschul- und  
Landesbibliothek  
S.10&11: Michael Leschnik&Stefan  
Heinemann  
S.12: Jasper Klos &  
Milena Löbcke

# Kampf gegen Armut in Wiesbaden

Armut ist nicht gottgegeben, sondern menschengemacht. In der Kommune können wir das Problem nicht abschließend lösen, aber wir können die schlimmsten Folgen mildern. Als ersten Schritt muss Armut dazu sichtbar gemacht werden. Die Kooperation von GRÜNE, SPD, LINKE. und Volt hat dazu einen Sozial- und Partizipationsindex beschlossen. Dieser Index stützt die sozialen Einrichtungen, Kindertagesstätten und Schulen in Quartieren mit hohen Armutsquoten mit den nötigen Personal- und Finanzressourcen aus. Damit können besondere Förderangebote (wie z.B. Lernunterstützung, Sprachförderung, kulturelle, musische und kreative Bildungsangebote) durchgeführt werden. So gelingt es uns, einkommensbedingte Ungleichheiten besser zu erkennen und auszugleichen.

Soziale Gerechtigkeit ist ein Grundanliegen der LINKEN. Diesem Ziel kommen wir hier einen Schritt näher. Viele Jahre lang hat die CDU diesen Sozialindex blockiert. Die Kooperation hat diese Blockade nun durchbrochen! In Wiesbaden ist die Zahl an Menschen, die mehr als 12 Monate arbeitssuchend sind, recht hoch. Diese Menschen sind häufig von einer sozialen und kulturellen Teilhabe ausgeschlossen. Mit der Reduzierung der Busfahrpreise, der kostenlosen Stadtbibliothek und der Abschaffung der Hundesteuer für Tier-

heimhunde haben wir bereits Maßnahmen ergriffen, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu erhöhen.

Jeder Mensch, unabhängig vom Einkommen, hat das Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Grundannahme leitet unser Handeln. Die Gründung des Bündnisses gegen Armut erscheint auf den ersten Blick wie reine Symbolpolitik. Hier lohnt sich aber ein zweiter Blick. Armut ist etwas, für das sich viele Menschen schämen und das sie zu verstecken versuchen. Dadurch wird sie oft unsichtbar. Kaum jemand spricht gerne über die eigene Armut, da sie oft noch mit Scheitern oder persönlicher Verantwortung verbunden wird. Das aber ist falsch! Armut hat strukturelle Gründe. Gerade in der Bundesrepublik Deutschland ist der Ausstieg aus der Armut besonders schwierig. Im Allgemeinen gilt, wer arm geboren wird, bleibt auch arm. Wer reich geboren wird, bleibt auch reich. Einzelne Ausnahmen gibt es, sie bestätigen diese Regel aber nur. Diese Tatsache wollen wir ändern. Dafür braucht es gesellschaftliche Debatten, dafür braucht es ein gesellschaftliches Bewusstsein und deswegen ist das Bündnis gegen Armut weit davon entfernt, Symbolpolitik zu sein. Es ist die Grundvoraussetzung, auch über die Kommune hinaus gegen Armut vorzugehen.

Zu guter Letzt haben wir mit einem Antrag weitere konkrete Schritte gegen die Auswirkungen von Armut unternommen. Zum Einen die Absicherung der Handlungsstrategie "Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen" und zum Anderen ein Sonderprogramm zur Bekämpfung von Kinderarmut. Wichtig finde ich hierbei das Sonderprogramm gegen Kinderarmut. Kinderarmut gehört zu den schlimmsten Formen der Armut. Kinder, die unter Armut leiden, werden oft für das gesamte Leben traumatisiert. Für sie sind die Ausgrenzungserfahrungen besonders dramatisch. Deswegen ist hier der Staat in der Pflicht, so etwas nicht zuzulassen. Vor diesem Hintergrund ist auch die Blockade der Bundes-FDP zu einer Kindergrundsicherung besonders schäbig.

Wir als Kommune werden versuchen, die schlimmsten Versäumnisse abzumildern. Wir wollen Soziale Gerechtigkeit und eine Stadt für alle. Dazu braucht es eine gute Analyse der Situation und ein entschlossenes Handeln der Politik. DIE LINKE. Stadtfraktion Wiesbaden steht für beides.

**Ingo von Seemen**  
Sozialpolitischer Sprecher der Fraktion,  
Stellvertretender Vorsitzender im



# Bei den Schulen: Stadt und

Für die Schulen tragen Land und Stadt gemeinsam Verantwortung und Lehrer und die Unterrichtsinhalte sorgen muss, muss die Stadt schon seit Gründung „Lernmittelfreiheit“. So wollte es das Volk, die fortschrittliche Verfassung gab. Nicht mehr der Geldbeutel der Eltern. Doch wo stehen

Während es auch für die wirtschaftliche Entwicklung immer wichtiger wird, dass gut gebildete junge Menschen den Bedarf an Fachkräften decken, entwickelt sich das Bildungssystem auf eine neue Bildungskatastrophe zu.

Mit den neuen Anforderungen und im Hinblick auf die vielen Neubaumaßnahmen in der Stadt, die zusätzliche Schulbauten erfordern, gewinnt der städtische Schulentwicklungsplan an Bedeutung. Im Dezember 2021 hat die Stadtverordnetenversammlung einen neuen Schulentwicklungsplan für die Jahre 2022-2026 beschlossen. Zum ersten Mal konnten die Ortsbeiräte und die Bürgerschaft zum Entwurf des Plans Stellung beziehen, bevor er von den städtischen Gremien verabschiedet wurde. Jahrelang hatten dies die linken Stadtfractionen gefordert, weil eine

breite Beteiligung dazu beiträgt, dass der Sachverstand von Schulen, Elternbeiräten und engagierten Menschen in den Stadtteilen in den Plan einfließen kann. Ein Schulentwicklungsplan bedarf aber immer auch der Zustimmung des Kultusministeriums. Das ist aber offenbar nicht in der Lage, seine Hausaufgaben zeitnah zu erledigen, sondern lässt sich dafür über ein Jahr Zeit. Die notwendigen Entscheidungen im Schulbereich müssen aber schneller getroffen werden, als die „lahme Ente“ Kultusministerium das zulässt.

Auch in der Ausstattung der Schulen verschlafte die Landesregierung die Entwicklung. Der Lehrermangel hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter ausgeweitet. Mit einer konkurrenzfähigen Bezahlung lässt sich die Landtagsmehrheit zuviel Zeit. Die Arbeitsbe-

dingungen an den Schulen veranlasst immer mehr Lehrkräfte zur Teilzeit. Viele müssen krank aus dem Dienst ausscheiden oder erleben noch nicht einmal das reguläre Pensionsalter. Das erschwert auch die Ganztagsgestaltung an den Schulen, die für die Berufstätigkeit der Eltern immer bedeutender wird. Bei der Ganztagsgestaltung an Schulen ist auch die Stadt mit Personal und Sachausgaben beteiligt. So z.B. mit dem Bau von Küchen und Mensen und sozialpädagogischem Personal. In den künftigen Haushaltsplänen der Stadt wird dies eine immer größer werdende Rolle spielen. Es ist gut, dass die gegenwärtige Kooperation aus GRÜNEN, SPD, LINKE und Volt dem Schulbau eine viel größere Bedeutung beimisst als dies in der Vergangenheit unter Stadtregierungsregierungsbeteiligung der CDU und FDP der Fall war. Die standen auf der Bremse



# Hand Land – Hand in Hand???

ung. So sagt es das Gesetz. Während das Land für die Lehrerinnen  
Stadt die Schulen bauen und unterhalten. Im heutigen Hessen gilt  
k, als es sich nach dem II. Weltkrieg in einem Volksentscheid eine  
Eltern sollte darüber entscheiden, ob ein Kind gute Bildung erhält.  
hen wir heute?

und produzierten einen Sanierungs-  
stau an Schulen, der uns heute teuer  
zu stehen kommt. Hunderte Millionen  
Rücklagen bei geringsten Zinsen wur-  
den „gehörtet“ statt in die Zukunft zu  
investieren. Jetzt laufen die Baupreise  
davon. Und selbst das aktuelle Schul-  
investitionsvolumen von über einer halben  
Milliarde € reicht kaum aus, um die Auf-  
gaben zu bewältigen. Und so stehen seit  
Jahrzehnten dringliche Sanierungen  
wie an der Integrierten Gesamtschule  
Wilhelm-Leuschner-Schule oder an der  
verbundenen Haupt- und Realschule  
Erich Kästner-Schule immer noch aus.

Für den Neubau von weiterführenden  
Schulen werden wir von nun an jeweils  
mit dreistelligen Millionenbeträgen  
rechnen müssen. Auch das sollte man  
in Rechnung stellen, wenn man im  
Landschaftsschutzgebiet um das Kaste-

ler Fort Biehler einen neuen Stadtteil  
für 12.000 Menschen plant.

Eines der größten Aufgaben an den  
Schulen ist heute eine pädagogisch an-  
gemessene Digitalisierung, die neben  
bewährten Unterrichtsmethoden auch  
die neue Wirklichkeit und Zukunft des  
21. Jahrhunderts einbezieht. Hier zeigt  
sich, wie wenig die Landesregierung  
gewillt ist, die in der Hessischen Verfas-  
sung verankerte Lernmittelfreiheit zu  
gewährleisten. Während Schulbücher  
aus den Schulbibliotheken (selbstver-  
ständlich) kostenfrei entliehen werden,  
sollen für die im Unterricht eingesetz-  
ten Endgeräte die Eltern zur Kasse „ge-  
beten“ werden. Geplant sind aktuell  
120 € pro Kind und Jahr. Dies trifft Haus-  
halte, die finanziell ohnehin schlechter  
gestellt sind, denn das Kindergeld ist  
bekanntlich weit davon entfernt, die

Kosten für ein Kind auszugleichen. Die  
Stadt hat aufgrund ihres viel zu gerin-  
gen Anteils am Steueraufkommen nicht  
viele Möglichkeiten, an dieser Stelle die  
Eltern durch „freiwillige Leistungen“ zu  
entlasten. DIE LINKE.Stadtfraktion wird  
sich dennoch dafür einsetzen, dass die  
Stadt sich gegenüber Familien solida-  
risch verhält. Dafür sollten hoch risiko-  
reiche und teure Bebauungsplanungen  
wie im Ostfeld und Westfeld aufgege-  
ben werden. Die Hunderte von Millio-  
nen € werden dringend für sinnvolle  
soziale und ökologische Maßnahmen  
benötigt.

**Hartmut Bohrer**

*Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur  
und Städtepartnerschaften und Mitglied  
im Ausschuss für Finanzen und Beteili-  
gungen*



Pavillon der Integrierten Gesamtschule Wilhelm-Leuschner-Schule

# Erste Erfolge in der Kooperation zur Mobilität

## Es gibt noch viel zu tun!

Für Wiesbadener Kinder und Jugendliche kommt das vergünstigte Schülerticket Hessen zum halben Preis, d.h. für 15,-Euro pro Monat bzw. 10,-Euro für Kinder und Jugendliche aus Haushalten mit geringem Einkommen, zum Start des kommenden Schuljahres. Wir haben auch die Zusage erhalten, dass künftig der Zahlungsverkehr bei Unstimmigkeiten einfacher abgewickelt werden wird. Wir halten den laufenden Prozess im Auge und haben weiterhin ein offenes Ohr für Menschen, die mit dem Abbuchungsverfahren beim Ticket Probleme haben.

Wir setzen uns insbesondere bei den anstehenden Haushaltsberatungen 2024/2025 dafür ein, dass die Ticketpreise für Kinder und Jugendliche erhalten und nicht wieder erhöht werden. Für DIE LINKE bleibt der Nulltarif bei bedarfsgerechtem Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs das mittelfristige Ziel.

### Es gibt noch viel zu tun!

Der Zustand der Busterminals und Bushaltestellen gehört dringend auf den Prüfstand. Wir werden nicht weiter zusehen, wie sich insbesondere das Busterminal Brückenkopf Kastel zu einem Unort weiterentwickelt. Hier ist dringender Handlungsbedarf angesagt. Es mangelt an regelmäßiger Reinigung

und Instandhaltung. Am Brückenkopf Kastel treffen alle Verkehrsteilnehmer\*innen, Fußgänger\*innen, Nutzer\*innen des ÖPNV, Radfahrende und motorisierte Verkehrsteilnehmer\*innen auf engstem Raum zusammen. Die Situation ist bekannt, mehrfach angesprochen, Lösungen werden aber vertagt. Wir bleiben dran.

Das Gleiche gilt für den Bahnhof Kastel. Sind es beim Brückenkopf die Städte Wiesbaden und Mainz, die mit ihren städtischen Verkehrsgesellschaften eine Lösung finden müssen, ist es die Deutsche Bahn AG mit ihren Gesellschaften, die nicht zu Potte kommt. Gemeinsam mit dem Ortsbeirat Mainz-Kastel und der LINKEN in der Stadtverordnetenversammlung lassen wir es nicht sang- und klanglos durchgehen, dass weiterhin Menschen mit Rollstuhl, Kinderwagen Gehbehinderung usw. zuerst einmal nach Wiesbaden fahren müssen, um auf das richtige Gleis zu kommen, um mit der Bahn in Richtung Frankfurt fahren zu können.

Im Kooperationsvertrag von GRÜNEN, SPD, DIE LINKE und Volt haben Mobilität und Verkehr in Wiesbaden einen großen Stellenwert erhalten. Nach wie vor aber ist es wichtig, den Dialog mit Bürger\*innen, Organisationen und Vereinen wie zum Beispiel „Wiesbaden neu

bewegen e.V.“, FUSS e.V. Wiesbaden und anderen zu suchen. Dazu werden wir auch weiterhin Veranstaltungen anbieten wie zuletzt im Roten Salon der LINKEN.Wiesbaden zu „Mobilität für Alle, wie weiter mit der Verkehrswende?“

Angesprochen von Teilnehmenden wurden Themen wie: Bußgelder sozial gestalten, Einrichtung eines Fahrgastbeirates bei ESWE Verkehr, mangelnde Pünktlichkeit im ÖPNV, zugeparkte Gehwege, zu schmale Gehwege und zuletzt die große Frage „Wie weiter ohne Straßenbahn in Wiesbaden. Sind Doppelgelenkbusse wie der bald aus Basel zum Test eingesetzte Doppelgelenkbus die Lösung? Wird es hierfür Fördergelder geben?“ Themen, denen wir uns stellen, gerne mit interessierten Bürger\*innen, Vertreter\*innen von Organisationen, Beiräten und Vereinen. Auf deren Sachverstand ist eine gute Verkehrsplanung angewiesen. Wir laden ein zum Mitmachen in unsere AG Mobilität. Die Termine der AG sind auf der Homepage zu finden und können auch beim Fraktionsbüro erfragt werden.

**Mechthilde Coigné**  
*Verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Mobilität*



Ein Erfolg: Das vergünstigte Schülerticket...



...doch es gibt noch viel zu tun: Zum Beispiel beim Brückenkopf

# Interview mit dem Leiter der Teestube Wiesbaden: Matthias Röhrig

## Wie kam es dazu, dass du bei der Teestube gelandet bist?

Ich habe 1985 am Ende meines Zivildienstes, den ich im Diakonischen Werk Wiesbaden absolviert habe, geholfen, die erste Teestube in der Kleinen Schwalbacher Straße einzurichten. Während meines Studiums habe ich dort immer mal ausgeholfen und meine Diplomarbeit über die gesetzlichen Grundlagen der Wohnungslosenhilfe geschrieben. Nach einem Umweg über Stuttgart habe ich 1992 als Sozialarbeiter in der Teestube angefangen zu arbeiten.

## Wie viele Mitarbeitende seid ihr? Wie viele Wohnungslose? Und wie viele Ehrenamtliche?

- In der Fachberatungsstelle und dem Tagesaufenthalt arbeiten 4 Sozialarbeiter\*innen mit einem Stellenumfang von 4,5 Stellen
- 1,5 Mitarbeiter\*innen im hauswirtschaftlichen Bereich
- 1 Mitarbeiter in der Postausgabe
- 1 Mitarbeiterin im Arbeitsprojekt (Hauswirtschaftsprojekt)
- 1 Verwaltungskraft

## Weiter gehört zur Teestube:

- FZO - Fachstelle Zuwanderung Osteuropa: 2 muttersprachliche Beraterinnen (Rumänisch und Bulgarisch)
- MBE - Migrationsberatung Erwachsene: 1 Sozialarbeiterin (Polnisch)
- KVC- Krankenversicherungsclearingstelle: 1 Sozialarbeiterin
- HaPiW - Hilfen für ausgegrenzte Menschen in Wiesbaden: Sozialarbeit 3,5 Stellen  
Beratung und Begleitung Care leavern, Minihäuschen, muttersprachliche Beratung, Tagschlafräum

und Teestuben-office, Straßensozialarbeit und eine Regiestelle zur Wohnungsgenerierung.

- Es kommen ca. 100-120 Besucher\*innen pro Tag
- Es arbeiten ca. 100 ehrenamtliche Mitarbeitende in der Teestube (humanitäre Sprechstunde, Kleiderkammer, Essensversorgung, Haare schneiden, Feste vorbereiten...)

## Was macht ihr alles um den Wohnungslosen zu helfen?

- Tagesaufenthalt
- Fachberatung
- Medizinische Versorgung
- Notübernachtung
- Kleiderkammer
- Täglich ein warmes kostenloses Essen
- Postadresse
- Straßensozialarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit

## Wie finanziert ihr euch?

Wir finanzieren uns durch den Landeswohlfahrtsverband Hessen, die Stadt Wiesbaden, den ESF (Europäischer Sozialfond), Spenden und die Diakonie.

## Wo könnt ihr Hilfe gebrauchen?

Immer gerne nach individueller Absprache.

## Hast du Tipps wie ich im Alltag wohnungslosen Menschen helfen kann?

Ansprechen und wie jeden anderen Menschen auch behandeln, Fragen ob er/sie etwas braucht, an die Teestube verweisen, bei Hilflosigkeit den Krankenwagen oder die Polizei rufen und möglichst nicht mit Matratzen oder Ähnlichem auf der Straße versorgen

Infos unter---> <https://www.diakonie.de/journal/5-moeglichkeiten-obdachlosen-zu-helfen-und-was-sie-besser-lassen-sollten/>

## Was erwartet ihr von der Stadtpolitik?

Den Hinweis, dass Wohnungslose Menschen zum Gehören, Lobbyarbeit, Unterstützung beim Aufbau weiterer Hilfen für Wohnungslose (Großes Containerdorf, mehr öffentlich geförderte Wohnungen). Hilfe bei der Suche nach Stellplätzen für unsere Minihäuschen. Best Practice wie der Ethikfond, die KVC Stelle oder die FZO. Wertschätzung unserer Besucher\*innen durch z.B. einen Besuch von Verantwortlichen in der Politik. Mehr öffentliche Toiletten.

## Stimmt ihr euch mit anderen Trägern der Wohnungslosenhilfe ab?

Ja, sowohl innerhalb der Stadt Wiesbaden (Arbeitskreis Wohnungslose in Wiesbaden und #WoHin) wie auch hessenweit und überregional.

## Was willst du noch los werden?

Wir sind sehr froh, dass wohnungslose Menschen und die Arbeit mit diesen Menschen inzwischen sehr wertgeschätzt und anerkannt wird. Das Thema Wohnungslosigkeit ist nicht mehr nur eine Frage nach der Schuld, sondern fast alle Menschen sehen das inzwischen deutlich differenzierter, als die schnelle Lösung: „Geht arbeiten, hört auf zu trinken u.s.w.“

**Interviewführung:**  
Ann-Christine Sparr-Wolf

# 175 Jahre Märzrevolution

## Das tolle Jahr 1848

30 000 Menschen – das war etwa ein Drittel der erwachsenen männlichen Bevölkerung des Herzogtums Nassau versammelten sich am 3. und 4. März 1848 mit Heugabeln, Dreschflegeln und Äxten auf dem Schlossplatz in Wiesbaden. Es handelte sich um den Auftakt und zugleich die zahlenmäßig größte Erhebung der Revolution von 1848/49 in Deutschland.

Am 26. Februar war die Nachricht vom Sturz des französischen König Louis Philippe aus Paris eingetroffen. Es war dies der Funke, der auf die mit ihren Lebensverhältnissen und mit der herzoglichen Regierung unzufriedenen Menschen übersprang. Überall wurde in den Wirtshäusern heftig diskutiert. In Wiesbaden trafen sich im Hotel Vier Jahreszeiten führende Politiker der damaligen liberalen Bewegung, die für Reformen des Obrigkeitsstaats eintraten. Der spätere Ministerpräsident im Herzogtum Nassau, Hergenhahn, war wesentlich an der Formulierung der „Forderungen der Nassauer“ beteiligt, die er am Nachmittag, des 2. März von der Treppe des Hoftheaters aus bekannt gab. 4000 dort versammelte Menschen stimmten begeistert zu.

## Friedrich Engels: „In Nassau vollendete Revolution!“

Als die Menge auf dem Schlossplatz am 3. März eine bedrohende Haltung einnahm, begab sich Hergenhahn mit 12 weiteren Bürgern ins Schloss, um wenigstens eine provisorische Annahme der Forderungen zu erlangen, denn Herzog Adolf war nicht da, er war in Berlin auf Brautschau. Der beliebten Herzogin Pauline gelang es dann, zusammen mit dem Minister von Dungen, das aufgebrachte Volk zu beruhigen, indem sie auf den Balkon trat und einige Forderungen vorab bewilligte. Tags darauf kehrte der Herzog zurück und versicherte – ebenfalls vom Balkon aus – der Menge die Genehmigung und Einhaltung der gegebenen Versprechen. Die Stimmung schlug augenblicklich um, Hochrufe auf den Herzog erfüllten nun den Platz.

Friedrich Engels schickte aus Brüssel die Nachricht an Karl Marx: „In Nassau eine vollendete Revolution!“

## „Die Forderungen der Nassauer“

Sie beinhalteten ein politisches Programm, das auch in vielen anderen Städten und Landschaften erhoben wurde. Manche der Forderungen klingen aus heutiger Sicht etwas seltsam, man versteht nicht auf Anhieb, was gemeint ist.

Was verstand man denn unter der ersten Forderung nach „allgemeiner Volksbewaffnung“? – Hier ging es im Grunde um die Schaffung einer Polizei unter Kontrolle der Gemeinden zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Diese Aufgabe wollte man wollte nicht mehr dem herzoglichen Militär überlassen.

Die zweite Forderung nach „unbedingter Preßfreiheit“ (Pressefreiheit) war schon in der Verfassung des Herzogtums Nassau von 1814 verankert. Nur erteilte der Herzog keine Druckgenehmigungen. Der politische Informationsbedarf war jedoch hoch, sodass 1847 beispielsweise zwei Wiesbadener Buchhändler ein Lesekabinett für Zeitungen einrichteten, wo sich auch Nichtabonnenten informieren konnten.

Auch das Recht auf freie Vereinigung, die fünfte Forderung, gab es schon in der Verfassung von 1814. Nur wurde es von der herzoglichen Regierung sehr restriktiv ausgelegt. So war es Turnvereinen z. B. verboten, politische Vorträge anzubieten.

Die sechste Forderung nach öffentlichen, mündlichen Verfahren bei Schwurgerichten richtete sich gegen das immer noch paternalistische Rechtssystem. Recht wurde letztlich von der Verwaltung, beziehungsweise von der Obrigkeit und hinter verschlossenen Türen gesprochen. Demgegenüber strebte man eine Trennung von Verwaltung und Rechtsprechung an.

Die siebte Forderung, die Domänen in Staatseigentum zu überführen, wurde vor allem von der Bauernschaft erhoben. Ein Großteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen in Nassau befand sich in Hand der Domänen, die der Herzog als Privateigentum beanspruchte. 56 % der feudalen Abgaben, zu denen die Bauern verpflichtet waren, in der Regel der so genannte Zehnte, das hieß der 10. Teil der Ernte, wurde über die Domänen eingezogen. Die Bauern konnten die Abgabepflicht mittlerweile zwar ablösen. Aber dazu mussten sie das 25-fache des Zehnten an die Domäne abbezahlen und dafür einen Kredit bei der Landeskreditkasse – der späteren Nassauischen Sparkasse – aufnehmen. Dazu waren viele Bauern finanziell gar nicht in Lage. Andere waren mit der Abbezahlung der Kreditschulden wirtschaftlich überfordert, zumal es in den 1848 vorangegangenen Jahren mehrere Missernten gab.

Auch das feudale Jagdrecht lag bei den Domänen, also bei Herzog Adolf, der ein leidenschaftlicher Jäger war. Er weigerte sich, den Wildbestand zu verkleinern. Die Folge waren große Wildschäden auf den landwirtschaftlichen Anbaugeländen und endlose Streitereien der Bauern mit den Domänen wegen Entschädigungen. Nach Annahme der Forderungen durch Herzog Adolf, so wird berichtet, schossen die Bauern erstmal das verhasste Wild ab. Bemerkenswert ist auch die achte Forderung, die nach einem allgemeinen



Abb. 33, 34  
A. Baumann,  
Wäsch-Bitt,  
2. Jg., Nr. 3,  
1898

„Sah mol Hannes, was is das eigentlich Preßfreiheit?  
„Das was ich net, aber hun müsse mer sche!“



# n in Nassau

Wahlrecht. Tatsächlich wurde sie in Nassau zügig verwirklicht: Schon am 6. März 1848 trat die alte Deputiertenkammer zusammen und arbeitete in drei Wochen ein neues Wahlgesetz aus, das am 28. März bei nur zwei Gegenstimmen angenommen wurde. Es beruhte auf dem Grundsatz des allgemeinen, gleichen, geheimen, aber indirekten Wahlrechts. Die Urwähler wählten Wahlmänner – das ist wörtlich zu nehmen, denn an ein Frauenwahlrecht dachte damals noch niemand –, die ihrerseits die Abgeordneten wählten. Schon am 22. Mai konstituierte sich der nach diesem Procedere gewählte Landtag in Wiesbaden. Die Wahlmänner wählten auch die sechs nassauischen Abgeordneten für die Nationalversammlung in Frankfurt.

## „Was der schwezzt is garnaut, schriftlich misse mer des huh!“

Die Märznummer der Satirezeitschrift *Wäsch-Bitt* von 1898 widmete der Wiesbadener Mundartdichter, Demokrat und Weltbürger Franz Bossong, dem Andenken an die Erhebung der Nassauer am 3. und 4. März 1848 in Wiesbaden. Franz Bossong stützte sich dabei auf die „Nassauische Chronik von 1848“ des konservativen Publizisten Wilhelm Heinrich Rhiel und auf Gedichte und Karikaturen, die heute teilweise verschollen, aber glücklicherweise in der *Wäsch-Bitt* von Franz Bossong dokumentiert sind.

Franz Bossong schätzte die Ereignisse von 1848 sicher zutreffend ein: „Jeder weiß dass Revolutionen nicht ‚gemacht‘ werden, sondern dass sie meist Produkte wirtschaftlicher Zustände sind. Das Jahr 1846 war bekanntlich ein Hungerjahr in des Wortes schärfster Bedeutung und wer sich die Mühe nimmt und die durchschnittlichen Löhne mit den damaligen Brotpreisen vergleicht, der merkt gleich, dass da Stoff genug zur Unzufriedenheit vorhanden war. Die kleinen Residenzen im Nassauer Land verloren ihre Bedeutung, die Regierung war jetzt in Wiesbaden, die Nagelschmiedeindustrie auf dem hohen Taunus ging durch die Maschinen zugrunde, die erste Eisenbahn ward

von Wiesbaden nach Frankfurt gebaut, auf dem Rhein fuhren nunmehr Dampfschiffe, kurz es war eine Zeit der Gärung und der wirtschaftlichen Revolution.“

Bei all dem war eines klar: Den Bauern kam eine Schlüsselrolle bei der nassauischen Revolution zu. Sie waren das wichtigste revolutionäre Potential. Ohne ihr massenhaftes Erscheinen auf dem Schlossplatz in Wiesbaden hätte die Annahme der Forderungen durch den Herzog nicht erzwungen werden können.

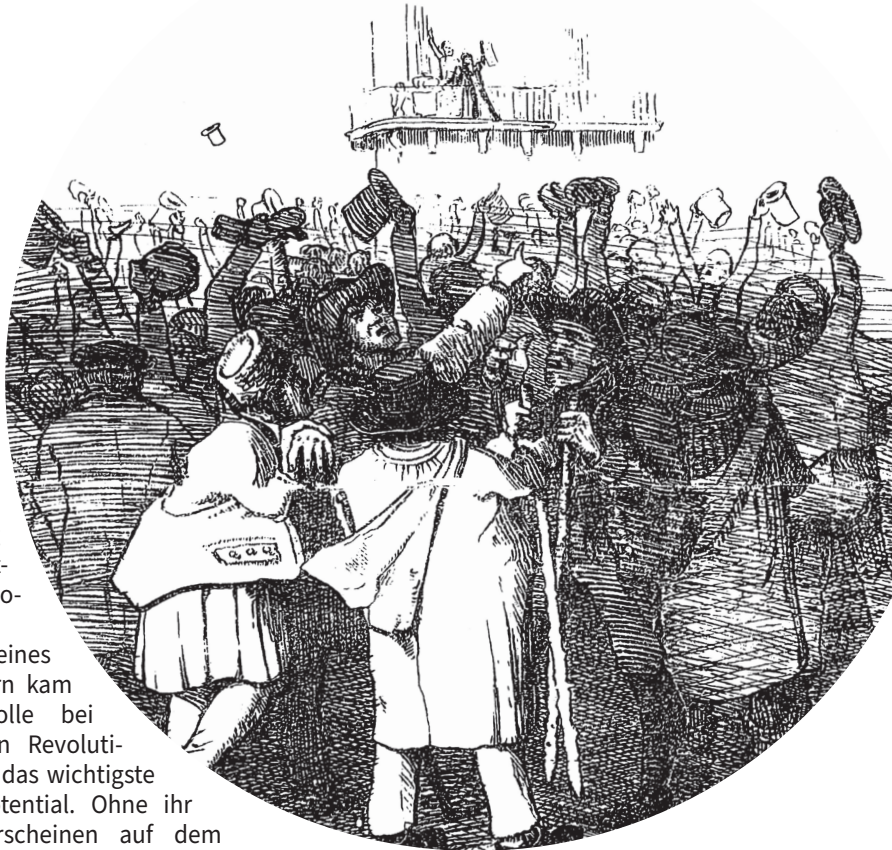
Wie die *Wäsch-Bitt* 50 Jahre später berichtete, hegten damals schon einige „helle Bauern“ Misstrauen gegen den Herzog und fanden: „was der schwezzt is garnaut, schriftlich misse mer des huh!“

Die schriftliche Bewilligung wurde zwar auch gewährt, entgegen der Versicherung des Herzogs, wurden jedoch nicht alle Versprechen gehalten.

## 1848/49: Die Anfänge unserer heutigen Demokratie

Andernorts wurden die Volksaufstände unter Führung des preußischen Militärs meist blutig niedergeschlagen. Die Revolution von 1848 fand in der von der Nationalversammlung Frankfurter Paulskirche erarbeiteten Verfassung ihren Niederschlag. Hier liegen die Anfänge unserer heutigen Demokratie; in der Weimarer Verfassung und im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurden die Grundrechte und die demokratischen Prinzipien von damals wieder aufgegriffen – und zwar ohne dass diesmal ein Monarch an der Spitze vorgesehen war.

In Nassau versuchte Herzog Adolf mit seiner Regierung ab 1850 die Zeit wieder zurückzudrehen. Dies führte zu heftigen Auseinandersetzungen im nassauischen Parla-



ment. Sie hielten bis zur Absetzung des Herzogs und der Annexion des Herzogtums durch Preußen 1866 an. Dennoch verteidigten die Nassauer auch in der folgenden preußischen Zeit energisch die Errungenschaften von 1848, die ihnen geblieben waren, und die als „Nassauische Eigenthümlichkeiten“ weiter aufrechterhalten wurden.

**Brigitte Forßbohm**  
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

# Schluss mit Schwarzarbeit Erfolg nach jahrelangen Einsatz von



## Interview mit der Industriegewerkschaft Kreisverband Wiesbaden

Seit 2017 kämpft Die Linke. Stadtfraktion Wiesbaden und die Gewerkschaften gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit in der Stadt. Die LINKE hatte dieses Engagement sechs Jahre später bestätigt. Die Stadtfraktion stimmte für die Prüfung der Einrichtung einer Kontrollstelle für die Baustellen-Agrar-Umwelt, Kreisverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus. Der stellvertretende Vorsitzende Michael Leschnik (ML) seit Jahren für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmer:innenrechten ein. Eines der zentralen Anliegen der Gewerkschaft ist die Bekämpfung von illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit in Wiesbaden. Die Gewerkschaft teilt ihre Erfahrungen und Herausforderungen während des Prozesses.

Ergebnisse, Erfahrungen und Erwartungen für die Arbeit

**Lieber Herr Heinemann, lieber Herr Leschnik, wie haben sie den politischen Prozess und die Diskussionen rund um eine Kontrollstelle gegen illegale Beschäftigung und Schwarzarbeit in den letzten Jahren erlebt? Wie haben sie sich gefühlt, als der kommunale Antrag zur Einrichtung einer solchen Stelle in der Stadt endlich angenommen wurde?**

**SH:** Das war ein langer ermüdender Prozess. Uns wurde von den Vertretern der verschiedenen Parteien mehrfach versichert, es gäbe keine illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit in Wiesbaden. Wir wissen aber von den hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären und durch Veröffentlichungen, dass es praktisch keine Baustelle in Deutschland gibt, auf der keine illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit nachweisbar wäre.

**ML:** Wir wussten, vermittelt über den DGB, Region Frankfurt-Rhein-Main, dass es in der Stadt Köln eine erfolgreich tätige städtische Kontrollstelle gibt, die sich mit den Einnahmen der Vertragsstrafen selbst finanziert. Auf-

grund des guten Beispiels, haben wir auch für Wiesbaden eine städtische Kontrollstelle gefordert.

**SH:** Ich war sehr glücklich darüber, als ich informiert wurde, dass das Wiesbadener Stadtparlament mehrheitlich einen Prüfantrag an den Magistrat zur Schaffung einer Kontrollstelle am 09.02.2023 beschlossen hatte.

**ML:** Nach jahrelanger Lobbyarbeit im damaligen Parlamentsausschuss für Frauen, Wirtschaft und Beschäftigung, war es für mich eine Genugtuung vor Ort im Stadtparlament zu erleben, wie die Stadtverordneten von SPD, GRÜNEN, DIE LINKE. und Volt für eine parlamentarische Mehrheit gerungen haben. Das war in der Vergangenheit nicht immer so.

**SH:** Jetzt gilt es, darauf zu achten, dass der Mehrheitsbeschluss des Stadtparlaments auch umgesetzt wird.

**Warum halten Sie eine solche Kontrollstelle für notwendig, und was erwarten Sie sich von deren Arbeit? Wie sieht ihrer Meinung nach die Verantwortung der Stadtregie-**

**runge und anderer öffentlicher Institutionen in Bezug auf die Bekämpfung von illegaler Beschäftigung/Schwarzarbeit aus?**

**SH:** Da es, wie schon gesagt, auf den Baustellen illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit gibt, liegt hier ein offensichtlicher Tatbestand vor, der zu ändern ist. Das Problem ist die Beweisführung. Für einen ehrenamtlich aktiven Gewerkschafter, ohne amtliche Befugnisse, sind die Möglichkeiten der Kontrolle auf Baustellen praktisch ausgeschlossen. Für eine Kontrollstelle mit städtischem Auftrag ist das etwas anderes. Diese Stelle könnte aufgrund der geschlossenen Verträge, nach Einsicht in die Ausschreibungsunterlagen, Baustellen kontrollieren, indem Bautaubebücher geprüft und gegebenenfalls nach Feststellung von Verstößen, auch entsprechende Vertragsstrafen verhängt werden.

**ML:** Die jetzige Praxis zeigt, dass es keinen fairen Wettbewerb gibt, vor allem die Beschäftigten am Bau sind gnadenloser Lohnrückerei ausgesetzt. Den Kolleginnen und Kollegen werden nicht

# Schwarzarbeit in Wiesbaden! von Gewerkschaften und DIE LINKE.!

## Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Wiesbaden-Rheingau-Taunus

und ihre Vorgänger für die Einrichtung einer Kontrollstelle in der Stadt. Doch erst durch die Regierungsbeteiligung später auch Erfolg: Die Mehrheit der Stadtverordneten der Kontrollstelle. Als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt setzen sich **Stefan Heinemann (SH)** sowie sein Ziel bessere Arbeitsbedingungen und den Schutz von Arbeitnehmern, war die Einrichtung einer städtischen Kontrollstelle in Wiesbaden. Im folgenden Interview berichten die beiden über den politischen Prozess und geben Einblicke in ihre Vorarbeiten der geplanten Kontrollstelle.



Michael Leschnik

nur der Tariflohn vorenthalten, sondern der beschriebene Wettbewerb geht auch zu Lasten der Gesundheit. Jährlich gibt es im Baugewerbe 100.000 Arbeitsunfälle. Aufgrund der Arbeitshetze und Missachtung der Arbeitsschutzbestimmungen, sterben jährlich über 70 Bauleute und hinterlassen oft Frauen und Kinder in tiefer Trauer. Deshalb erwarten wir, dass die Stadtregierung und andere öffentliche Institutionen ihrer Verantwortung gerecht werden. Reden über die Zustände auf Baustellen, vor allem in der Öffentlichkeit, ist richtig. Kontrollen sind noch wichtiger. Seit Jahren ist bekannt, dass der Zoll mit seinen weitreichenden Möglichkeiten leider personell unterbesetzt ist. Auch deshalb sehe ich unsere Stadtregierung in der Verantwortung, schnellstens eine handelnde Kontrollstelle für Wiesbadener Baustellen einzurichten.

**Inwiefern sehen sie die Einrichtung einer Kontrollstelle als Beitrag zur Schaffung fairer Arbeitsbedingungen und zur Durchsetzung von Arbeitnehmerengesetzen? Profitieren auch**

### **Unternehmer\*innen von einer entsprechenden Stelle?**

**SH:** Jedes Bundesland, das auf die Kontrolle der „Tariftreue“ gemäß den gesetzlichen Bestimmungen verzichtet, fördert objektiv tarifuntreue Unternehmen. Betriebe, die nach Tarif bezahlen, liefern im Allgemeinen eine höhere Qualität, weil sie qualifiziertere Mitarbeiter\*innen beschäftigen. Gesetzestreue Unternehmen zahlen mehr Steuern und führen tarifgemäß entsprechende Beiträge an die Sozialkassen ab. Eine Kontrollstelle kann durch die Einsicht in die Ausschreibungs- und Angebotsunterlagen feststellen, ob Tariflöhne bezahlt werden oder nicht. Und kann auch feststellen, ob entsprechende Kosten für die Baustellensicherheit mit einkalkuliert wurden. Falls Unregelmäßigkeiten festgestellt werden, sind entsprechende Prüfungen vorzunehmen. Durch diesen Kontrolldruck werden Schritte in Richtung eines fairen Wettbewerbs gegangen und dies nutzt vor allem den tariftreuen Betrieben. Kurz gesagt, ein Betrieb, der sich an die gesetzlichen Bestimmungen hält, sichert

dadurch auch faire Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten

### **Wie könnte eine zukünftige erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen der IG BAU und der geplanten Kontrollstelle gegen illegale Beschäftigung/Schwarzarbeit aussehen?**

**SH:** Wir haben in unserer Gewerkschaft Fachleute, die sich mit der Gesetzgebung und der Vergabe von Bauleistungen bestens auskennen. Eine Zusammenarbeit mit der Kontrollstelle ist in notwendigen Fällen bestimmt machbar. Wir gehen außerdem davon aus, dass die städtischen Fachleute, aufgrund jahrelanger Erfahrungen nicht die Absicht haben, sich von betrügerischen Firmen auf der Nase herumtanzen zu lassen.

**Vielen Dank für Ihre deutlichen Aussagen!**

**Interviewführung: Nina Schild**  
Wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit

# Milena Löbcke ist Wiesbadens erste LINKE Dezentern!

**DIE LINKE schreibt in Wiesbaden gerade Stadtgeschichte. Im letzten Jahr einigte sie sich gemeinsam mit SPD, Grünen und Volt auf einen Kooperationsvertrag und ist seitdem Teil der Stadtregierung. Bei der Neuwahl der Dezentern\*innen am 2. Mai 2023 konnte sich die Kandidatin der Linken, Milena Löbcke, gegen ihren Herausforderer, Sebastian Rutten von der FDP, durchsetzen. Zum 1. Juli wird Frau Löbcke damit Wiesbadens erste Dezenternin der Partei DIE LINKE.**

## **Herzlichen Glückwunsch zur Wahl! Was bedeutet es für Sie, Dezenternin für die Stadt Wiesbaden zu werden?**

Vielen Dank. Ich bin überwältigt davon, dass ich die Chance bekomme, gemeinsam mit der Fraktion echte Verbesserungen für die Wiesbadener\*innen umsetzen zu können.

## **Bitte stellen Sie sich doch kurz vor.**

Ich bin Juristin, 35 Jahre alt und lebe mit meinem Mann und meinem andert-halb-jährigen Sohn zusammen. Ich bin geboren in NRW und aufgewachsen in Berlin und Brandenburg. Vor acht Jahren bin ich nach Wiesbaden gekommen und habe hier begonnen, als Referentin für die Landtagsfraktion der Linken zu arbeiten. Ich war für verschiedene Fachbereiche zuständig, unter anderem Migrations- und Integrationspolitik sowie für den NSU-Untersuchungsausschuss. Seit zehn Jahren bin ich Mitglied der Linken. Darüber hinaus war ich auch in anderen Zusammenhängen politisch aktiv, so war ich an Rettungseinsätzen auf dem Mittelmeer auf dem Rettungsschiff IUVENTA beteiligt und habe mich seit meiner Jugend gegen Rechts engagiert. In meiner Freizeit

unternehme ich gerne etwas mit meiner Familie oder gehe auf Konzerte im Schlachthof.

## **Für welche Bereiche werden Sie zuständig sein?**

In meine Zuständigkeit fallen das Gesundheitsamt, das Amt für Zuwanderung und Integration, das Rechtsamt und das Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz.

## **Was ist für Sie linke Gesundheitspolitik?**

Gesundheit ist eine Frage der sozialer Gerechtigkeit. Es ist traurige Realität, dass Menschen in prekären Lebensverhältnissen eine 8-10 Jahre kürzere Lebenserwartung haben als privilegierte Menschen. Unterschiedliche Lebens-, Wohn- und Arbeitsverhältnisse sind dafür ebenso verantwortlich wie die Zwei-Klassen-Medizin und die Privatisierung und Kommerzialisierung der Gesundheit. Gesundheit ist keine Ware! Ich werde mich für mehr Gesundheitsgerechtigkeit einsetzen.

Außerdem muss die Stadt mehr Verantwortung übernehmen bei der Sicherstellung guter Versorgung und guter Ar-

beitsbedingungen in den HSK. Da liegt vieles im Argen.

## **Was verstehen Sie unter Integrationspolitik?**

Wiesbaden ist eine vielfältige Stadt, 40 % der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener haben einen Migrationshintergrund, bei den unter 18-Jährigen sind es sogar 60 %. Es gibt keine Mehrheitsgesellschaft, in die sich andere Gruppen integrieren müssten; das ist ein völlig überholtes Bild der Gesellschaft. Die Gesellschaft besteht vielmehr aus Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen und Aufgabe der Wiesbadener Ämter ist, dass all diese Menschen einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen gesellschaftlichen Bereichen haben, also zu Wohnungen, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Kultur etc. Keinesfalls dürfen die Ämter selber diskriminieren.

**Danke für das Interview und alles Gute!**

**Interviewführung:**  
*Ann-Christine Sparr-Wolf*



Milena Löbcke bei der Überreichung der Ernennungsurkunde durch OB Mende am 02.05.2023

